

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Lagebericht des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck - Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2009

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Die in der Anlage I zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Bilanz zum 31.12.2009 wird genehmigt und festgestellt.
2. Die in der Anlage II zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Gewinn- und Verlustrechnung 2009 mit Anhang (Anlage III) wird genehmigt und festgestellt.
3. Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2009 zum Jahresabschluss (Anlage IV) wird genehmigt und festgestellt.
4. Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2009 entlastet.
5. Der festgestellte Jahresüberschuss in der Höhe von 219.083,27 € wird in den Gewinnvortrag eingestellt.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

3. Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung für das Wirtschaftsjahr 2009 für die öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung in der Stadt Billerbeck

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Die in der Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung 2009 ausgewiesene Unterdeckung in der Höhe von 12.318,04 € wird für die Kalkulation der Wirtschaftsjahre 2011 und/oder 2012 eingestellt.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

4. Schulentwicklungsplanung

Den Ratsmitgliedern liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Tischvorlage vor (**Anlage 1**).

Frau Dirks berichtet, dass heute ein Gespräch mit dem Lehrerkollegium der Hauptschule und 4 Lehrervertretern der Realschule stattgefunden habe.

Des Weiteren habe sie heute einen sogenannten offenen Brief der FDP-Fraktion, der wohl auch an die anderen Fraktionen gegangen sei, erhalten. Hierin würden verschiedene Fragen zum neuen Schulkonzept aufgeworfen, die sie aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht beantworten konnte.

Herr Messing berichtet dann über die Inhalte der heute geführten Besprechung mit dem Lehrerkollegium der Hauptschule und den Lehrervertretern der Realschule. Den Lehrerkollegien sei es sehr wichtig, dass der Punkt 3.8, der in der letzten pädagogischen Arbeitsgruppe am vergangenen Montag weiter entwickelt worden sei, offener gefasst werde, weil die Belange der Hauptschule mit der Förderung bestimmter Schüler und der damit verbundenen Differenzierung hierin nicht ausreichend berücksichtigt seien.

Darüber hinaus sei in dem im Internet eingerichteten Forum ein strukturelles Merkmalpapier eingestellt worden, das demnächst in der pädagogischen Arbeitsgruppe beraten werde.

Außerdem hätten sich die Lehrerkollegien darauf verständigt, in den Sommerferien weiter an dem Thema arbeiten zu wollen. Künftig würden sie Vertreter benennen, die dann in der pädagogischen Arbeitsgruppe mitarbeiten werden.

Frau Dirks betont, dass das Eckpunktepapier ein Zwischenergebnis darstelle, das von den Lehrerkollegien weiter ausgearbeitet werden müsse.

Herr Fehmer konstatiert, dass er immer davon ausgegangen sei, dass noch nichts festgeschrieben sei und man sich in einem offenen Dialog befinde. Der Rat solle ja heute das Eckpunktepapier vom Grundsatz her beschließen. Das werde die CDU-Fraktion mittragen. Er fragt nach, ob die pädagogische Arbeitsgruppe über die Form und den Zeitpunkt der Elternbeteiligung gesprochen habe.

Frau Dirks teilt mit, dass die Beratung dieses Themas angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf das nächste Treffen verschoben worden sei.

Herr Maas erklärt, dass die FDP-Fraktion das Eckpunktepapier nicht verabschieden möchte. Sie sähen in dem Punkt 3.8 des Eckpunktepapiers eine Binnendifferenzierung festgeschrieben, die in dieser Form nicht am runden Tisch kommuniziert worden sei. Der Punkt 3.8 sei aufgrund eines Vorschlages von Frau van der Wielen aufgenommen worden. Seines Wissens seien Teile der Lehrerkollegien der Haupt- und Realschule in diesen Prozess nicht eingebunden worden. Er wolle, dass die Verwaltung beauftragt wird, in Gesprächen mit der Bezirksregierung und dem Ministerium die „Schule für alle“ voranzubringen. Wenn das Eckpunktepapier so beschlossen würde, dann sei zu befürchten, dass der Punkt 3.8 festgeschrieben sei. Auf seine Nachfrage, wo eine solche Binnendifferenzierung stattfinde, sei ihm das Ausland und die Stadt Bremen genannt wor-

den. Daraufhin habe er in Bremen nachgefragt. Dort sei ihm mitgeteilt worden, dass es sich um ein völlig anderes Modell handle. Nach seinen Informationen würde eine strikte Binnendifferenzierung in den Klassen 5 – 8 nicht funktionieren.

Frau Dirks entgegnet, dass hier einstimmig beschlossen worden sei, ein Modell zu entwickeln, das zu Billerbeck passe und nicht irgendwo ein Modell abzukupfern. Außerdem handle es sich tatsächlich um einen Vorschlag von Frau van der Wielen, der von der pädagogischen Arbeitsgruppe aber einhellig mitgetragen wurde. Außerdem habe Frau van der Wielen deutlich gesagt, dass dieser Punkt mit den Lehrerkollegien besprochen werden müsse und diese Diskussionen stünden noch aus. Frau Dirks macht deutlich, dass der Rat oder der Schulausschuss kein pädagogisches Konzept erstellen, dieses werde hinterher von dem Kollegium der neuen Schule erarbeitet. Das Eckpunktepapier gebe einen Diskussionsstand wider, hier werde nicht beschlossen, in welcher Klasse differenziert werde. Heute gehe es um den Grundsatzbeschluss, dass der Rat grundsätzlich eine Schule für alle wolle.

Herr Dittrich kann sich den Äußerungen der FDP-Fraktion nicht anschließen. Er sei froh, dass sich endlich positiv etwas bewege. Jetzt gehe es darum, ein Signal für eine neue Schulform in Billerbeck zu setzen. Dabei könne das Eckpunktepapier im Grunde nur eine Grundlage sein, die Details müssen in den Schulkollegien gemeinsam ausgearbeitet werden. Ergänzend schlage er vor, in den Beschluss aufzunehmen, dass der Begriff „Eine Schule für alle“ ein Arbeitstitel sei.

Frau Rawe wundert sich über die Äußerungen des Herrn Maas, da es im Schulausschuss und in der pädagogischen Arbeitsgruppe seitens der FDP-Fraktion keine Einwendungen gegen das Eckpunktepapier gegeben habe. Sie sei für das Eckpunktepapier, weil damit nach außen deutlich gemacht werde, dass hier eine Schule für alle weiter entwickelt werde und das Eckpunktepapier für die Verhandlungen in Münster und Düsseldorf wichtig sei.

Herr Maas betont, dass den Kindern nicht ein Schulversuch zugemutet werden solle, der nicht in irgendeiner Weise abgesichert sei. Jetzt eine Entscheidung durch den Rat zu treffen, sei nicht der richtige Weg. Er sei nicht gegen eine Schule für alle, aber dagegen, dass jetzt eine Binnendifferenzierung zementiert werde.

Frau Dirks stellt richtig, dass hier keine Binnendifferenzierung beschlossen oder zementiert werden solle. Der Rat solle das Eckpunktepapier als bisheriges Zwischenergebnis begrüßen.

Herr Knüwer weist zum Einwand von Frau Rawe darauf hin, dass in dem zur Beratung im Schulausschuss vorgelegenen Eckpunktepapier von einer Binnendifferenzierung noch nicht die Rede gewesen sei und deshalb hierzu seitens der FDP-Fraktion nichts gesagt worden sei. Das jetzt vorliegende Eckpunktepapier mit einer Binnendifferenzierung bis Klasse 9 werde er nicht mittragen.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass hier Probleme herbei geredet würden, die gar keine seien. Es handele sich um ein Eckpunktepapier, nicht mehr und nicht weniger. Das seien Vorschläge, die jetzt zügig auf den Weg gebracht werden müssten. Alle wollten doch, dass die Schüler möglichst lange in Billerbeck beschult werden. Sie stelle den Antrag auf Schluss der Diskussion.

Herr Geuking macht deutlich, dass er das vorliegende Eckpunktepapier begrüße. Er könne nicht nachvollziehen, dass man sich jetzt an einem Konzept reibe, das noch keine endgültige abschließende Wirkung habe. Er appelliere an die FDP-Fraktion zu einem einstimmigen Beschluss zu kommen, um nach außen stark auftreten zu können. Schließlich sei das eine Möglichkeit, den Schulstandort Billerbeck zu sichern.

Herr Dittrich appelliert ebenfalls an die FDP-Fraktion zu einem einstimmigen Beschluss beizutragen. Im Übrigen sei Billerbeck nicht die einzige Kommune, die Überlegungen über diese Schulform anstelle. Da die Ideen hier schon relativ weit fortgeschritten seien, sollte dieser Vorteil genutzt werden. Hinzu komme, dass Herr Prof. Zymek empfohlen habe, dass der Rat ein Signal setzen solle.

Dem Antrag von Frau Mollenhauer auf Abstimmung wird **einstimmig** zugestimmt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Billerbeck begrüßt das vorliegende Eckpunktepapier als Zwischenergebnis der pädagogischen Arbeitsgruppe zur Einrichtung einer „Schule für alle“ (Arbeitstitel) in Billerbeck. Das pädagogische Konzept wird von den Lehrerkollegien der Don-Bosco-Hauptschule und der Geschwister-Eichenwald-Realschule gemeinsam mit der pädagogischen Arbeitsgruppe weiter entwickelt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Bezirksregierung und dem zuständigen Ministerium Kontakt aufzunehmen, um die Schritte einer Errichtung einer „Schule für alle“ abzustimmen.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

5. Festlegung eines Stadtumbaugebietes nach § 171b Baugesetzbuch sowie Beschluss über das städtebauliche Entwicklungskonzept der Stadt Billerbeck

Frau Dirks berichtet, dass die heutige Besprechung mit der Bezirksregierung sehr positiv verlaufen sei. Der vorgelegte Entwurf sei gut aufgenommen und gelobt worden.

Herr Mollenhauer teilt weiter mit, dass an zwei Punkten noch gearbeitet werden solle, und zwar zum einen im Bereich der hochwertigen Wohnbauentwicklung im Zentrum und zum anderen sei empfohlen worden, noch mehr auf die Entwicklung der vergangenen Jahre im Hinblick auf die

Barrierefreiheit einzugehen. Seitens der Bezirksregierung sei der bisher beschrittene Weg als außerordentlich bedeutsam angesehen worden. Ansonsten sei das Konzept vom Grundsatz her als sehr ausgereift bezeichnet worden. Jetzt sei beabsichtigt, bis zum Bewerbungsschluss am 31.08.2010 den Antrag einzureichen. Dieser Antrag werde das Konzept insgesamt beinhalten, damit müssten aber nicht automatisch alle Maßnahmen umgesetzt werden, allerdings sollten nur die Maßnahmen beantragt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich erfolgen soll.

Herr Dittrich stellt fest, dass man auf einem guten Weg sei, Fördermöglichkeiten zu sichern. Die SPD-Fraktion habe immer schon ein Stadtentwicklungskonzept gefordert. Wichtig und richtig sei, dass das städtebauliche Entwicklungskonzept auch den Einbau eines Aufzuges im Rathaus beinhalte. Er könne dem zustimmen.

Herr Dübbelde führt an, dass 2015/2016 die letzten Maßnahmen abgearbeitet sein sollen und erkundigt sich, ob es im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Situation denkbar sei, dass Maßnahmen nach hinten geschoben werden.

Herr Mollenhauer erläutert, dass alle Beteiligten darauf hingewiesen hätten, dass die schlechte Finanzlage auch beim Bund und dem Land zu Veränderungen führen werde. Wenn dramatische Kürzungen erfolgen sollten, werde ohnehin für die nächsten Jahre vieles geschoben werden müssen. Diese Möglichkeit sei eingehend besprochen worden. Es wäre aber gut, jetzt einen Antrag zu stellen und zunächst die Erstellung eines städtebaulichen Leitbildes gefördert zu bekommen.

Herr Flüchter äußert die Sorge, dass im Hinblick auf die städt. Haushaltslage der Zeitrahmen nicht eingehalten werden könnte und für vorgesehene Maßnahmen der städt. Eigenanteil nicht bereit gestellt werden könnte.

Frau Dirks legt dar, dass mit einer Kürzung der Fördermittel gerechnet werden müsse. Selbstverständlich könnten die geplanten Maßnahmen nur umgesetzt werden, wenn die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Deshalb sei der Beschlussvorschlag auch entsprechend ergänzt worden.

Auf weiteren Einwand von Herrn Flüchter erläutert Frau Dirks, dass es leichter sei Maßnahmen auszulassen, als später Maßnahmen einzuschieben. Zunächst müsse der grundsätzliche Weg beschritten werden. Die genauen Inhalte der einzelnen Projekte müssten ohnehin hier beschlossen werden.

Herr Fehmer erklärt, dass er sich ein städtebauliches Konzept wünsche. Für ihn sei es wichtig, dass dies kein abschließender Katalog ist und Änderungen möglich seien. Zudem müsse die Finanzierungsmöglichkeit der Stadt gegeben sein, was Bund und Land machen sei ihm egal. Er hoffe, dass das Grundlage des Beschlusses sei.

Herr Becks merkt an, dass die Einschätzung der Verwaltung zu optimistisch sei. Unter Berücksichtigung der Finanzlage sei es fraglich, ob alle

Projekte in 5 – 6 Jahren umgesetzt werden können. Letztendlich sei die Umsetzung von den Finanzen abhängig. Deshalb wäre es doch realistisch, den Zeitrahmen zu erweitern.

Frau Dirks erwidert, dass lt. Bezirksregierung ein Handlungskonzept den überschaubaren Zeitrahmen von 5 – 6 Jahren umfassen sollte.

Herr Schlieker pflichtet Herrn Fehmer bei, dass die Stadt auf ihren Part der Finanzierung achten müsse und nicht nur auf Zuschüsse zielen dürfe, wobei ohne Zuschüsse überhaupt nichts möglich sei. Ob die Umsetzung dann 5 oder 10 Jahre dauere, sei dann abzuwarten.

Herr Maas begrüßt auch in Kenntnis der städt. Finanzen das Stadtentwicklungskonzept.

Beschluss:

Das Gebiet, das begrenzt wird

--- im Norden durch den Richtengraben, den Einmündungsbereich Schmiedestraße/Landstraße L 580 umfassend und der Landstraße L 581 bis zur Rathausstraße folgend,

--- im Osten durch die Rathausstraße, dem Ostwall, dann dem Baumgarten folgend und im Bereich der Einmündung der Straße „An der Kolvenburg“ dieser in Richtung Süden folgend bis zum Fußweg zwischen dem Realschulgrundstück und der Berkelaue

--- im Süden entlang dem vg. Fußweg in gerader Linie auf den Kreuzungsbereich Landstraße L 580 mit der Coesfelder Straße laufend;

--- im Westen entlang der Landstraße L 580 bis zur Schulstraße

--- die genannten Straßen und Wege sind jeweils Bestandteil des Gebietes

wird als Stadtumbaugebiet nach § 171b Abs. 1 BauGB beschlossen.

Das städtebauliche Entwicklungskonzept mit dem enthaltenen Zeit-, Kosten- und Finanzierungsplan wird nach Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange gegen- und untereinander ebenfalls beschlossen.

Die städtischen Eigenanteile sind im Rahmen der kommenden Haushalts- und Finanzplanungen einzuplanen, soweit es die Haushaltsmittel erlauben.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Förderrichtlinien Stadterneuerung 2008 einen Antrag auf Förderung zu stellen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. **1. Ergänzung und Änderung des Bebauungsplanes "Biogasanlage Beerlage"**
hier: Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB

Herr Schlieker erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-
raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Ta-
gesordnungspunkt nicht teil.

Herr Spengler erklärt, dass seitens der SPD-Fraktion die Errichtung der
geplanten Siloplatte und die Umbaumaßnahmen zwar als sinnvoll ange-
sehen werden, sie aber dennoch nicht zustimmen werden. Der Umwelt-
bericht zur Errichtung der Biogasanlage sei für die SPD-Fraktion Grund-
lage für die damalige Zustimmung gewesen, insbesondere weil hierin ei-
ne zeitliche Einschränkung der Güllefahrten festgelegt sei. Leider seien
die Anlieger und auch die Stadt von den Genehmigungsbehörden be-
wusst oder unbewusst getäuscht worden, da der Umweltbericht nicht Be-
standteil des Bebauungsplanes und des Genehmigungsbescheides sei.

Herr Geuking hält den Betrieb der Biogasanlage für nicht gesetzeskon-
form und verweist auf EU-Richtlinien von 2005. Ihm sei des Weiteren
nicht bekannt, ob und wie weit die Grenzwerte bereits überschritten wer-
den. Die Werte seien lt. Bericht des Kreises Coesfeld schon grenzwertig
gewesen. Zum Schutz der Stadt und der Umwelt müsse erst die Vorbe-
lastung ermittelt werden. Er werde nicht zustimmen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Anlage genehmigt betrieben werde
und die Aufsichtsbehörden Kontrollen durchführten, so dass sie davon
ausgehe, dass die Werte eingehalten werden.

Herr Fehmer moniert, dass hier Sachen miteinander verquickt würden,
die nichts miteinander zu tun hätten. Die geplanten Maßnahmen an der
Biogasanlage führten zu einer deutlichen Verbesserung für die Umwelt
und seien nur zu begrüßen. Herrn Geuking hält er entgegen, dass es sich
um eine genehmigte Anlage handele.

Frau Rawe stellt fest, dass es jetzt ausschließlich um die Siloplatte gehe.
Es sei richtig und wichtig, dass die Anwohner im Rahmen dieses Verfah-
rens auf die Problematik der nächtlichen Güllefahrten aufmerksam ge-
macht hätten. Darüber sei hier aber nicht zu entscheiden. Man könne froh
sein, dass die Feldmieten aufgegeben und eine Siloplatte errichtet werde.

Herr Dittrich macht deutlich, dass die SPD-Fraktion nicht gegen die Silo-
platte sei, sie aber die Bedenken und Äußerungen der Anlieger sehr ernst
nähmen und diese in einem Gesamtzusammenhang sähen. Vielleicht
sollte die Verwaltung beim Kreis nachfragen, ob tatsächlich Messungen
hinsichtlich der Lärmbelastungen durchgeführt werden.

Frau Dirks verweist auf Ausführungen von Frau Besecke, wonach das
Umweltamt Sichtprüfungen durchführe. Im Übrigen könne sie dem Um-
weltamt schlecht Vorschriften machen. Außerdem würden auf dem Be-
triebsgelände die Grenzwerte eingehalten, wobei der von der Landstraße
ausgehende Verkehrslärm nicht der Anlage zugeschrieben werden dürfe.

Nach weiterer Erörterung stellt Herr Brockamp den Antrag auf Abstim-
mung.

Diesem Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen mehrheitlich gefolgt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Den Anregungen der Bürger wird wie in der Anlage 1 Seite 6 ausgeführt gefolgt.
2. Der Anregung des Kreises Coesfeld -Untere Landschaftsbehörde- wird gefolgt, die Stellungnahmen der anderen Fachdienste werden zur Kenntnis genommen.
3. Die Stellungnahme von Straßen NRW und der Bezirksregierung Arnsberg -Kampfmittelräumdienst- wird entsprechend der Ausführungen zur Kenntnis genommen.
4. Es wird beschlossen, die 1. Ergänzung und Änderung des Bebauungsplanes „Biogasanlage Beerlage“ aufzustellen. Der Planbereich liegt im Nordosten des Stadtgebietes Billerbeck in der Gemarkung Billerbeck Beerlage, Flur 16, und umfasst die Flurstücke 198 teilweise und 200 teilweise. Der Planbereich wird wie folgt begrenzt:
Im Norden durch die südliche Baugrenze des SO 4,
im Osten durch den Privatweg,
im Süden durch die nördliche Grenze des SO 2 und die L 506 sowie
im Westen durch die verlängerte nördliche Geltungsbereichsgrenze des rechtswirksamen Bebauungsplanes fallend auf die L 506.
(s. Lageplan des Geltungsbereiches – Anlage 1)
Der Aufstellungsbeschluss wird ortsüblich bekannt gemacht.
5. Der Entwurf der 1. Ergänzung und Änderung des Bebauungsplanes „Biogasanlage Beerlage“ mit dem Entwurf der Begründung mit seinen Anlagen (Umweltbericht, landschaftspflegerischer Begleitplan und Ergänzung zum Geruchsgutachten G 1243-02) wird für die Offenlage gebilligt.
6. Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung und Anlagen sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Parallel dazu ist die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 5 Enthaltungen

**7. 1. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW -
Energieversorgung-**

hier: Abgabe einer Stellungnahme im Beteiligungsverfahren

Herr Spengler bittet, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu streichen, da er sich durch die neue Landesregierung erledigt habe und ein neuer Landesentwicklungsplan vorgelegt werden wird.

Frau Dirks erläutert, dass der TOP lt. Geschäftsordnung nicht von der Tagesordnung genommen werden könne.

Nach kurzer Erörterung besteht Einigkeit, dass die Stadt Billerbeck keine Stellungnahme abgibt.

**8. Aufstellung eines Einzelhandelskonzeptes
hier: Ergebnisse aus der Offenlage und den Beteiligungsverfahren
sowie Beschlussfassung**

Herr Geuking meint, dass die Stadt Billerbeck nicht so gut aufgestellt sei, wie dies im Einzelhandelskonzept geschildert werde. Den Empfehlungen und dem Ergebnis könne er dagegen sehr wohl zustimmen, deshalb werde er sich der Stimme enthalten.

Frau Dirks entgegnet, dass es sich um Zahlen und Fakten handle und diese nicht anders dargestellt werden können.

Beschluss:

Den Anregungen der Bezirksregierung Münster zum Einzelhandelskonzept der Stadt Billerbeck wird entsprechend der Ausführungen in der Sitzungsvorlage teilweise gefolgt.

Das von der BBE Münster aufgestellte Einzelhandelskonzept für die Stadt Billerbeck wird als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

9. Erweiterung des ALDI-Marktes an der Darfelder Straße

Frau Dirks führt aus, dass in der Vorberatung Befürchtungen geäußert wurden, wonach der Non-Food-Bereich ausgedehnt werden könnte. Daraufhin habe Aldi ihr ein Fax geschickt, das als **Anlage 2** dieser Niederschrift beigefügt ist. Heute gehe es aber zunächst darum, die BBE mit der Erstellung einer Auswirkungsanalyse zu beauftragen.

Herr Becks legt dar, dass die negative Entwicklung der Billerbecker Innenstadt ihn nicht überrasche. Seitens der SPD-Fraktion sei immer angemahnt worden, dass die Verlagerung bzw. Ansiedlung von Aldi, Lidl und K & K an der Peripherie ein großer Fehler sei. Auf der anderen Seite würden mit dem Stadtumbaukonzept und dem Einzelhandelskonzept tolle Ziele gesetzt, die durch die geplante Erweiterung zweier Märkte torpediert würden. Es sei zu befürchten, dass zukünftig weitere Geschäftslokale in der Innenstadt leer stehen werden und zentrale Einkaufsmöglichkeiten, die insbesondere von älteren Mitmenschen genutzt werden, verloren gehen. Jeder qm Erweiterung wirke sich zum Nachteil der Innenstadt aus. Deshalb lehne die SPD-Fraktion die Erweiterung des Aldi-Marktes ab.

Herr Flüchter betont, dass er grundsätzlich nicht gegen einen freien Wettbewerb sei. Dieser dürfe aber nicht zu Lasten der Innenstadt gehen. Außerdem beruhige ihn das Fax von Aldi nicht, zuerst müsse er den genauen Wortlaut nachlesen.

Weiter erkundigt er sich, ob die Auswirkungsanalyse auch Angaben zum Sortiment mache.

Frau Dirks erläutert, dass die Analyse Aussagen zu den Auswirkungen treffen und auch das Sortiment in Augenschein nehmen werde. Wenn keine Erweiterung des Non-Food-Bereiches vorgenommen werde, ergäben sich auch keine Auswirkungen auf die Innenstadt.

Herr Dübbelde ärgert sich über die immer wiederkehrenden Äußerungen von Herrn Becks bzgl. der Ansiedlung des Aldi-Marktes an der Darfelder Straße. Aldi und K & K seien nie zuvor in der zentralen Innenstadt angesiedelt gewesen. Auch gebe es keinen Beweis dafür, dass jeder qm Erweiterung zu Lasten der Innenstadt gehe. Die Auswirkungsanalyse sollte in Auftrag gegeben werden.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die großen Märkte hauptsächlich mit dem PKW angefahren würden und deshalb große gut zu erreichende Parkplätze benötigten. Wenn diese Märkte jetzt wieder in die Innenstadt sollen, laufe man Gefahr, dass diese Märkte abwanderten und die Kunden außerhalb Billerbecks einkaufen.

Herr Schlieker erklärt, dass er entgegen seiner Aussage im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss der Erstellung einer Auswirkungsanalyse heute nicht mehr zustimme. Die CDU-Fraktion habe damals gegen die Ansiedlung von Netto gestimmt. Er verstehe nicht, wieso auf der einen Seite die Innenstadt geschützt werde auf der anderen Seite aber nicht.

Herr Fehmer bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion der Erstellung einer Auswirkungsanalyse zustimmen werde. Das sei ein nötiger erster Schritt. Er sei froh, Aldi an dem Standort zu haben und wolle nicht erleben, dass es in Billerbeck keinen Aldi-Markt mehr gebe. Er glaube, dass der Aldi-Standort durch eine vernünftige Neustrukturierung nur gewinnen könne. Wenn keine Vergrößerung des Sortiments vorgenommen werde, spreche nichts gegen die Erweiterung. Im Übrigen hätte es sich bei der Ansiedlung des Netto-Marktes um einen neuen zusätzlichen Markt gehandelt während es jetzt um bereits bestehende Märkte gehe.

Herr Maas stellt die Überlegung an, dass mit dem Aldi-Standort Darfelder Straße die Chance und Möglichkeit bestehe, Darfelder Kunden nach Billerbeck zu holen. Ob diese dann auch die Innenstadt aufsuchten, sei in Frage zu stellen. Aber zumindest führen diese Kunden nicht zu Aldi-Märkten in den umliegenden Orten. Auch glaube er im Hinblick auf den Tourismus nicht, dass ein Abriss der Gebäude und eine Ansiedlung von Aldi und Lidl in der Innenstadt gewollt sei.

Herr Knüwer stellt nach weiterer Erörterung den Antrag auf Abstimmung. Diesem wird bei 1 Nein-Stimme mehrheitlich zugestimmt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Nach Abschluss eines städtebaulichen Vertrages zur Kostenübernahme ist die BBE Münster mit einer Auswirkungsanalyse zu beauftragen.

Stimmabgabe: 15 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

10. Erweiterung des Lidl-Marktes an der Industriestraße

Nach einer kurzen Erörterung, in der insbesondere Herr Becks deutlich macht, dass er diese Erweiterung genauso wie die von Aldi ablehne, weil sie nicht gut für die Innenstadt ist, fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Antragsteller ein städtebaulich vertretbares Konzept zur Erweiterung des Gebäudes um bis zu 200 qm Verkaufsfläche zu entwickeln.

Stimmabgabe: 15 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

**11. Maßnahmen zur Beschleunigung der Baumbergebahn
hier: Änderungen an Bahnübergängen**

Herr Mollenhauer berichtet, dass die Bahn nunmehr keine Anrufschränke mit einem unbeschränkten Übergang für Fußgänger mehr bauen wolle, sondern die große Lösung verwirklichen werde. Außerdem habe sich die Bahn offenbar damit abgefunden, dass sie den Übergang komplett allein bezahlen müsse.

Nachdem seitens der Fraktionen festgestellt wird, dass damit die bestmögliche Lösung für die Stadt erzielt werde, fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Abweichend von dem Ratsbeschluss vom 23. März 2010 wird die Stellungnahme der Stadt zum Umbau der Bahnübergänge dahingehend geändert, dass im Bereich der Weißenburg die ursprüngliche Planung mit Lichtzeichenanlage und Halbschranken realisiert werden soll.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Mitteilungen

Keine

13. Anfragen

13.1. Gutachten der Landwirtschaftskammer zur Massentierhaltung - Herr Dittrich

Herr Dittrich erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass das Gutachten noch nicht fertig sei.

13.2. Neu eingegangene Anträge auf Errichtung von Massentierhaltungsanlagen - Herr Dittrich

Herr Dittrich erkundigt sich, ob der Verwaltung weitere Vorhaben zur Errichtung von Massentierhaltungsanlagen bekannt seien.

Herr Mollenhauer sagt zu, die Antwort nachzureichen.

13.3. Beteiligung an der Sparkasse Westmünsterland - Herr Dittrich

Herr Dittrich bezieht sich auf die Mitteilung der Verwaltung, dass die Stadt aufgrund der Beteiligung an der Sparkasse Westmünsterland 18.000,-- € erhalte und weist darauf hin, dass bzgl. der Verwendung ein Ratsbeschluss erforderlich sei.

Frau Dirks gibt Herrn Dittrich Recht und sagt zu, eine Beschlussfassung vorzubereiten.

13.4. Abgebrochene Baumkronen am Napoleonsweg - Frau Bosse-Berger

Frau Bosse-Berger erkundigt sich, ob es neue Erkenntnisse gebe.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass ihm noch keine Ergebnisse vorliegen.

13.5. Geschwindigkeitsmessgerät - Frau Bosse-Berger

Auf Nachfrage von Frau Bosse-Berger teilt Frau Dirks mit, dass das Tempomessgerät defekt sei und sich eine Reparatur nicht mehr lohne.

Frau Bosse-Berger merkt an, dass sie das Gerät vermisse und regt an, ein neues Gerät mit Unterstützung von Sponsoren anzuschaffen. Damit verbinde sie die Bitte, dass sich auch die Ratsmitglieder an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten.

Herr Messing sieht ebenfalls die Notwendigkeit zur Anschaffung eines neuen Gerätes. Da der Haushaltsansatz nicht ausreiche, sei ein Antrag an die Sparkassenstiftung gestellt worden. Er gehe davon aus, dass hierüber in der nächsten Sitzung des Kuratoriums beraten werde.

13.6. Ergebnisse des runden Tisches - Herr Brockamp

Herr Brockamp erinnert an die im Rahmen der Diskussion um ein Stadtwächterkonzept seitens der Verwaltung gemachte Zusage, bis zu den Sommerferien die Ergebnisse des runden Tisches vorzutragen.

Frau Dirks stellt richtig, dass sich der Streetworker zunächst einarbeiten und sich dann um eine Sozialraumanalyse kümmern sollte. Das habe der Streetworker bisher noch nicht geschafft. Das Thema werde nach den Sommerferien im Fachausschuss zur Beratung vorgelegt.

13.7. Gutachten zur Massentierhaltung - Herr Flüchter

Herr Flüchter bittet die Verwaltung unter Bezugnahme auf die bereits gestellte Anfrage zum Gutachten über die Massentierhaltung, im Vorfeld bereits vorzubereiten, wie mit dem Ergebnis umgegangen werden soll, um nicht zu viel Zeit zu verlieren.

13.8. Nitrateintrag Berkelquellteich - Herr Flüchter

Herr Flüchter führt an, dass im Zusammenhang mit der Untersuchung des Berkelquelltopfes weitere Untersuchungen zur Nitratbelastung ange stellt werden sollten. Er erkundigt sich nach dem Ergebnis der Untersuchungen.

Herr Hein teilt mit, dass noch keine Ergebnisse vorliegen.

13.9. Sammlung von Schuhen und Kleidung - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass des Öfteren vor den Haustüren unbestellt Tonnen zur Sammlung nicht mehr benötigter Schuhe oder Kleidung abgestellt würden. Er begrüße es, wenn für einen guten Zweck gesammelt werde, aber es müsse auch sichergestellt sein, dass der Erlös einem guten Zweck zugute komme. Deshalb erkundigt er sich, ob solche Sammlungen bei der Stadt angemeldet werden müssen und wie sich die Sammler legitimierten.

Herr Messing teilt mit, dass das Ordnungsamt keine Möglichkeit habe, solche Sammlungen zu unterbinden. Es handele sich um ein freiwilliges Angebot, das an der Tür offeriert werde.

Herr Knüwer verweist auf ein Urteil und vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung sehr wohl einschreiten könne.

Frau Dirks entgegnet, dass die Anfrage nach einer caritativen Sammlung beantwortet worden sei.

Herr Kortmann weist darauf hin, dass auch bei ihm Körbe abgestellt wor-

den seien und er von einer gewerblichen Sammlung ausgegangen sei. Sobald es sich um eine gewerbliche Sammlung handle, könne die Stadt eingreifen. Er bitte nachzuhaken, was mit dem Sammelgut passiert sei. Frau Dirks sagt das zu.

13.10. 100-Alleen-Programm - Herr Schlieker

Herr Schlieker erkundigt sich, wann der 2. Abschnitt der Allee in Hamern vom Bahndamm bis zur Stadtgrenze umgesetzt werde.

Herr Mollenhauer führt aus, dass für den 2. Abschnitt die Mittel im Haushaltsplan fehlen. Zur Realisierung des 1. Abschnittes würden jetzt wie beschlossen die Anlieger beteiligt, danach werde der Antrag auf den Weg gebracht. Für den 2. Abschnitt müssten im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zunächst Mittel bereit gestellt werden.

13.11. Entsorgung von asbesthaltigem Material in Hamern - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter erkundigt sich, ob der Verursacher ermittelt werden konnte und wie hoch der Schaden sei.

Herr Messing teilt mit, dass kein Verursacher ermittelt werden konnte und für die Beseitigung des Materials Kosten in Höhe von rd. 500,-- € entstanden seien.

13.12. Verbuchung der erhaltenen EU-Mittel im Haushaltsplan - Herr Becks

Herr Becks führt aus, dass die Stadt 103.000,-- € an EU-Mitteln erhalten habe und erkundigt sich, wofür diese verwandt wurden.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass es sich nur um die Zuwendung für die Bahnhofstraße handeln könne.

13.13. Sonnensegel im Freibad - Frau Köhler

Frau Köhler erkundigt sich, wie verhindert werden könne, dass Kinder auf das Sonnensegel im Freibad klettern.

Herr Messing weist darauf hin, dass dies naturgemäß nicht komplett verhindert werden könne.

13.14. Persönliche Hinterlassenschaften am Beckenrand - Frau Köhler

Frau Köhler weist darauf hin, dass manche Kinder persönliches am Beckenrand hinterlassen und erkundigt sich, wie die Eltern dazu gebracht werden können, dies weg zu räumen.

Frau Dirks sagt zu, hierüber nachzudenken.

13.15. Ausdehnung der Öffnungszeiten - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer regt an, in Anbetracht der hervorragenden Wetterlage über die Öffnungszeiten des Freibades nachzudenken. Für einige Besucher sei eine Öffnung ab 11:00 Uhr bereits zu spät, zumal Freibäder in den Nachbargemeinden eher öffneten.

Frau Dirks führt aus, dass Öffnungszeiten immer verbessert werden können, die Personalsituation aber schwierig sei, weil ein Mitarbeiter langfristig erkrankt sei. Sie sei froh, Ersatz gefunden zu haben. Es seien aber bereits jetzt alle Möglichkeiten hinsichtlich der Arbeitszeiten ausgeschöpft worden. Sie weise darauf hin, dass sie auch eine Verantwortung den Mitarbeitern gegenüber habe.

Herr Messing bittet darum, weiterhin flexibel reagieren zu können. An heißen Tagen werde sporadisch früher geöffnet.

13.16. Unfall an der Kreuzung Bahnhofstraße/Richtengraben - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter weist darauf hin, dass in der letzten Woche ein Unfall im Bereich der Kreuzung Bahnhofstraße/Richtengraben passiert sei, bei dem ein Pfeiler umgefahren wurde. Er fragt nach, ob der Unfallverursacher ermittelt worden sei.

Frau Dirks teilt mit, dass ihr von einem Unfall nichts bekannt sei.

14. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck
Keine

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin